



Tischfußball im Internat Schloss Salem muss man sich leisten können: Mindestens 36 000 Euro im Jahr betragen die Schulgebühren für interne Schüler.

Foto Kuhnle & Knödler

Wie elitär sind private Schulen?

Manuela Schwesig (SPD) schickt ihren Sohn auf eine Privatschule. Und alle fallen über sie her. Komisch, wo doch seit Jahren immer mehr Schüler nach Salem & Co. drängen. *Von Rainer Hank*

Manuela Schwesig (43), Ministerpräsidentin, mit ihrem Sohn Julian (10), Privatschüler Foto Imago

Der preußische Gelehrte und Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt (1767 bis 1835) gilt den Deutschen als Erfinder des dreistufigen Schulsystems. Er selbst, ein allseits gebildeter Mann, hat indessen nie eine staatliche Schule besucht. Trotzdem ist aus ihm etwas geworden.

Das lässt hoffen für Julian, den zehnjährigen Sohn der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und vormaligen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Julian nämlich besucht seit diesem Schuljahr keine staatliche, sondern eine Privatschule. Das hat in der vergangenen Woche für ganz schön viel Wirbel gesorgt. Mit der „Flucht in die Privatschule“, so kommentierte ein ranghoher Funktionär des Philologenverbandes, erlaube die Ministerpräsidentin sich Dinge, die „Otto Normalverbraucher“ nicht zu Gebote stünden. CDU-Generalsekretär Peter Tauber nutzte die Gunst der Wahlkampfstunde, um Schwesig und der SPD Scheinheiligkeit vorzuwerfen: Sie predigen Wasser und trinken Wein. Die SPD rede über Bildungspolitik – „und Frau Schwesig schickt ihr Kind auf die Privatschule“.

Offenbar gilt „privat“ hierzulande als unanständig, vor allem, wenn es um Bildung geht. Erst werden die öffentlichen Schulen kaputtgespart, dann schicken die Reichen und Mächtigen, die es sich leisten können, ihre Kinder auf die Privatschule, so tönt es aus allen Ecken des Landes, nicht nur den linken. Bildung werde immer mehr käuflich, ein Instrument für bürgerliche Eltern, die in nervöser Statuspanik ihre Kinder elitär ghettoisieren – und damit die soziale Entmischung und Ungleichheit des Landes vertiefen.

Typisch Doppelmoral, dass führende Sozialdemokraten bei dieser Entmischung auch noch mitmachen, so trommelt es dieser Tage auf Schwesig ein, die sich vor lauter Schreck eine saudumme Ausrede einfallen ließ: Die Privatschule des Sohnes sei die einzige weiterführende Schule im Wohngebiet der Familie. Das stimmt zwar: Julian hat jetzt zehn Minuten Fußweg zu gehen. Die nächste öffentliche Schule würde er aber in zwanzig Minuten erreichen. „Ist ja wohl zumutbar“, jaulen postwendend Eltern, deren Kinder täglich stundenlange Busfahrten zum Unterricht auf sich zu nehmen gezwungen sind.

Das hat die Ministerpräsidentin davon, dass sie feige ist und ihre Schulwahl nicht offensiv verteidigt. Die Anwürfe gegen die Privatschulen hören sich zwar gut und sozialkritisch an. Dumm nur, dass (fast) nichts daran der Wahrheit entspricht. Das fängt schon mit der Unterstellung an, die öffentlichen Schulen würden kaputtgespart, wofür in aller Regel als anekdotische Evidenz der Zustand der Schultoiletten herhalten muss. Die Zahlen bestätigen die Unterstellung aber

nicht. Jahr für Jahr geben die öffentlichen Haushalte mehr für Bildung und Schule aus: 6700 Euro betragen die Aufwendungen je Schüler im Jahr 2014, das waren 1800 Euro mehr als acht Jahre zuvor. Schwer beweisbar ist auch die Behauptung, es gebe große, auf den Geldbeutel zurückführbare sozioökonomische Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Schulen. Der sogenannte Ise-Index, der den beruflichen Status einer Familie misst, weist bei den Privaten vielmehr nur relativ geringe Ausschläge nach oben aus (siehe Grafik).

Es ist ein Mythos zu meinen, der Staat sorge stets für soziale Durchlässigkeit. Von wegen. Gut verdienende Akademiker schicken ihre Kinder auch im staatlichen System häufiger aufs Gymnasium als auf die Hauptschule, während Eltern ohne diesen Hintergrund sich oft umgekehrt entscheiden. Auch der Staat separiert also nach sozialen Kriterien und behindert Mobilität nach oben.

Wer bei Privatschule nur an Elite-Internate à la Salem am Bodensee denkt, liegt eben ziemlich falsch. „Die Privatschullandschaft ist total divers, wie ein bunter Blumenstrauß“, sagt die Bildungsforscherin Rita Nikolai vom Berliner Wissenschaftszentrum WZB. Ob Reformpädagogik (Waldorfschule, Montessori), Klosterschule oder elitäre Kaderschmiede – die Unterschiede sind ziemlich groß. Fest steht dabei nur: Privatschulen werden seit den neunziger Jahre bei Eltern und Schülern immer beliebter, nicht zuletzt in den neuen Bundesländern. Manuela Schwesig liegt also voll im Trend. Woran das liegt, ist weniger klar. Rita Nikolai vermutet im Osten, wo bis 1989 Privatschulen verboten waren, einen „Nachholeffekt“. Schulen in kirchlicher Trägerschaft (das Canisiuskolleg in Berlin, St. Blasien im Schwarzwald) genießen zudem den Ruf, den Kindern

eine besonders gute, an Werten orientierte Erziehung zu vermitteln.

Was häufig übersehen wird: Der Staat hat zwar ein Gewaltmonopol für Polizei und Militär. Ein Monopol auf Bildung und Erziehung hat er nicht. Ausdrücklich heißt es in Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes: „Das Recht zur Errichtung privater Schulen wird gewährleistet.“ Konsequenterweise erhalten deshalb die privaten Schulen einen Finanzausgleich vom Staat, der je nach Bundesland im Schnitt bei zwei Dritteln der Kosten liegt, die der Schüler an einer staatlichen Schule verursachen würde. Um das restliche Drittel zu finanzieren und darüber hinaus weitere pädagogische Angebote (Musik, Sport) zu machen, erheben die Schulen zum Teil nicht unerhebliche Gebühren.

Über diese Gebühren tobt Streit. Denn das Grundgesetz schreibt vor, dass private Schulen nur gefördert werden dürfen, wenn dort „die Sondersituation der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Schüler nicht gefördert wird“. Der wenig gebräuchliche Begriff der „Sondersituation“ ist Hinweis darauf, dass der Schulmarkt kein normaler Markt ist. Ob allerdings – wie das WZB meint – aus dem Sondersituationverbot folgt, dass die Privatschulen ein getreues soziales Spiegelbild der öffentlichen Schulen darstellen müssen und Gebühren über 160 Euro monatlich bereits unanständig sind, ist strittig. Ein im Auftrag der liberalen Naumann-Stiftung erstelltes Gegengutachten kommt zu dem Schluss, dass Privatschulen weder Vorgaben für die Höhe des durchschnittlichen Schulgeldes unterliegen noch eine bestimmte soziale Zusammensetzung der Schülerschaft einhalten müssen. Sie dürfen nur nicht nach dem Einkommen der Eltern diskriminieren.

Völlig unstrittig ist indessen in der bildungsökonomischen Forschung, dass Wettbewerb zwischen privaten und öf-

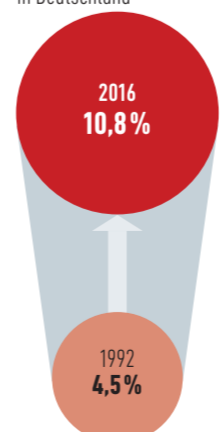
fentlichen Schulen die Qualität eines Schulsystems insgesamt deutlich verbessert. Das schlägt sich regelmäßig in den Pisa-Ergebnissen nieder. Schade, dass Frau Schwesig es versäumt hat, zu dieser Evidenz zu greifen. Ein gutes Beispiel dafür ist ausgerechnet Schweden, ein Land, von dem die Deutschen immer noch denken, dass dort alles und jedes vom Volkshem geregelt sei. Doch Schweden hat schon seit mehr als zwanzig Jahren eines der liberalsten Schulsysteme der Welt. Es erinnert an das Gutscheinmodell, das der Ökonom Milton Friedman schon in den fünfziger Jahren vorgeschlagen hat: Jedes Kind erhält einen Voucher für seine Ausbildung, den es an der Schule einlösen kann, die ihm am besten gefällt. Die schwedischen Kinder bekommen zwar nicht direkt einen Gutschein ausgehändigt, aber sie können frei wählen, welche Schule ihnen und den Eltern am besten passt – und lenken dadurch das Geld des Staates dorthin. Das Ergebnis ist ein starker Wettbewerb der Schulen um die Schüler – und um die Qualität der Schulen, die zum Teil von privaten, am Profit orientierten Firmen unterhalten werden.

Auf gewisse Weise noch radikaler ist das Schulsystem in den Niederlanden. Dort besuchen drei Viertel aller Schülerinnen und Schüler privat geleitete Schulen, die traditionell meist in kirchlicher Trägerschaft sind. Gemäß der niederländischen Verfassung erhalten alle die gleiche staatliche Finanzierung, wodurch das Problem der „Sondersituation“ durch unterschiedliche Gebühren vermieden wird. Auch hier bekommen die öffentlichen Schulen sofort zu spüren, dass die Eltern die Schüler abziehen, wenn die Lehrer keinen guten Unterricht machen.

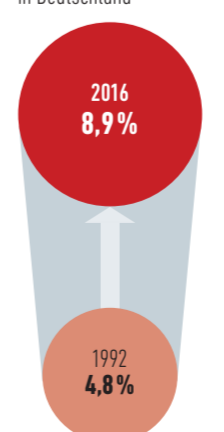
Wilhelm von Humboldt, der Bildungsreformer, würde sich, heute gefragt, wohl für das niederländische Modell entscheiden. „Überhaupt soll die Erziehung nur, ohne Rücksicht auf bestimmte, den Menschen zu erteilende bürgerliche Formen, Menschen bilden; so bedarf es des Staates nicht.“ Staatliche Bildung führe hingegen dazu, dass die Eltern die Verantwortung für die Aufzucht der Kinder an den Staat delegieren, wofür diese eine hohen Preis zahlen: Statt zu freien und gebildeten Menschen werden sie zu Staatsbürgern, zu Untertanen also, gemacht. Ungewöhnlich – selbst für Liberale, erst recht aber für deutsche staatsverliebte Hegelianer – ist daran, dass Humboldt offenkundig mit dem Begriff des Bürgers seine Schwierigkeiten hat: Der Bürger ist ein Mensch, der seine Freiheit dem Staat geopfert hat, somit einer, der sich anpasst. Besser also wäre es, der Staat hielte sich aus der Erziehung heraus. Denn nur so könne sich die Energie des Menschen in Freiheit entwickeln. Und der Mensch bliebe Mensch.

Immer häufiger schicken Eltern ihre Kinder auf eine Privatschule

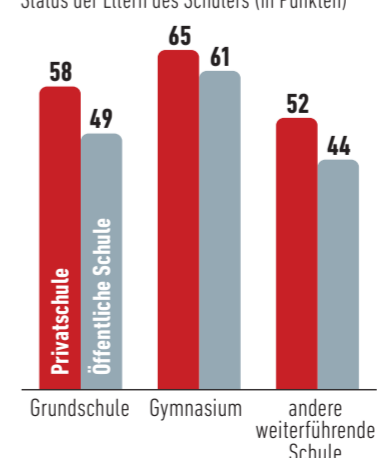
Anteil Privatschulen in Deutschland



Anteil Privatschüler in Deutschland



Die soziale Herkunft ist kaum anders als an öffentlichen Schulen



¹⁾ Ise-Index für den beruflichen Status der Familie (Werte zwischen 16 und 90 Punkte).
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIPE, Bundesbildungsbericht / FAZ - Grafik Bröcker